

Familiengesetzgebung in Oberägypten

Veranstaltungsform: Seminar (ca. 250 Teilnehmer)

Partner: Development Program for Women and Children (DPWC)

Zeit/Ort: 10.-11. Mai 2009, Mumifizierungsmuseum Luxor

Zielgruppe: Juristen, Frauen

1. Programmübersicht

Sonntag, 10. Mai 2009

Eröffnungssitzung:

Maha Khairalla, Leiterin, DPWC

Dr. Andreas Jacobs, Landesbeauftragter, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo

Dr. Samir Farag, Gouverneur, Luxor

Erste Sitzung:

Safia Ragab, Mitglied im Nationalrat für Frauen, Luxor

Dr. Mohamed Younis, Professor für Jura, South Valley Universität

Soad Israel, Mitglied im Nationalrat für Frauen, Luxor

Zweite Sitzung:

Elham Mohamed Mahmoud, Mitglied der Nationaldemokratischen Partei (NDP), Luxor

Dr. Nasra El-Haggan, Leiterin, Nationalrat für Frauen und Kinder, Qena

Dr. Ahmed Mokhtar, Professor, Pädagogische Fakultät, South Valley Universität

Dritte Sitzung:

Ezz El-Din Shafei, Mitglied im Lokalrat, Luxor

Gad El-Zanati, Soziologieexperte, Familiengericht

Dr. Mohamed Mubarak, Professor für Soziologie, South Valley Universität

Montag, 11. Mai 2009

Erste Sitzung:

Atef El-Hawwary, Professor für internationales Recht, South Valley Universität

Abdel Hamid Labib, Dekan, humanistische Fakultät, Azhar Universität

Ibrahim Rashad, Abteilungsleiter, Fakultät für Islamwissenschaften, South Valley Universität

Zweite Sitzung:

Salah El-Din Ahmed, Medienbeauftragter des Gouvernorat, Luxor

Salwa El-Mahdi, Professor für Soziologie, South Valley Universität

Dritte Sitzung:

Mohamed Abul Magd, Medienbeauftragter des Gouvernorat, Luxor

Dr. Abul Hassan Abdel Mawgoud, Professor für Soziologie, South Valley Universität

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS-LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

10.- 11. Mai 2009

www.kas.de

2. Zielsetzung

Das ägyptische Familiengesetz basiert auf der islamischen Scharia. Für Nichtmuslime ergeben sich häufig Schwierigkeiten. Die



Konrad-Adenauer-Stiftung Ägypten veranstaltete daher gemeinsam mit ihrem langjährigen Partner Development Program for Women and Children (DPWC) ein Seminar im oberägyptischen Luxor, bei dem die Stellung der nicht-muslimischen Frau im Familiengesetz diskutiert wurde. Ziel dieser Veranstaltungen war es, diese juristische Grauzone zu thematisieren und Lösungsansätze zu finden.

3. Ablauf

Eingeleitet wurde das Seminar mit einer Bestandsaufnahme der gegenwärtigen rechtlichen Stellung der Nicht-Muslime in Ägypten. Das islamische Familienrecht sei Teil des sogenannten Vertragsrechts und somit in der Scharia, dem islamischen Recht, verankert. Die Scharia sei in Ägypten damit auch für Nicht-Muslime Rechtsquelle. Infolgedessen bestehe bei Nicht-Muslimen oft Ungewissheit über ihre Rechte und Pflichten. Diese Problematik griff **Dr. Mohamed Younis** auf, der die rechtliche Stellung christli-



cher mit der muslimischer Bürger im ägyptischen Familiengesetz verglich. Er zeigte auf, dass im Falle einer Scheidung einer interreligiösen Ehe das Sorgerecht für gemeinsame Kinder meist dem muslimischen Mann zuge-

sprochen werde, da das Gesetz vorschreibe, dass die Kinder bei ihrem muslimischen Elternteil aufwachsen müssten. Sterbe jedoch der Vater, falle das Sorgerecht dem nächsten männlichen Verwandten und seiner Familie zu. Einer Nicht-Muslimin werde das Sorgerecht somit gesetzlich verwehrt. Auch im Falle des Erbrechts, so Younis, stellten sich Hindernisse für Nicht-Muslime. Nichtmuslime müssten laut der ägyptischen Verfassung nach der islamischen Scharia erben. Aber nicht nur das mache die Diskriminierung in Ägypten aus; Muslime und Nicht-Muslime seien sogar nicht untereinander erbberechtigt. Da die islamische Heirat allerdings einen Ehevertrag voraussetzt, ist dies auch für Nicht-Muslime die einzige Möglichkeit, Rechte in und nach der Ehe festzuschreiben. Nach diesem Vortrag folgte eine anregende **Diskussion**. So verließ eine koptische Teilnehmerin ihrer Enttäuschung



Ausdruck, dass Kinder von ihrer Mutter getrennt würden, weil sie Nicht-Muslimin wäre. Jedoch versuchte einer der muslimischen Teilnehmer sie daraufhin zu verweisen, dass diese Maßnahme für das Wohl der Kinder sei. Dies solle dazu beitragen, dass die religiöse Identität der Kinder nicht negativ, so der Teilnehmer, beeinflusst würde. Dies sei sowohl gegen Kinderrechte, als auch Frauenrechte, erwiderte eine weitere Teilnehmerin. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung nahm **Dr. Abdel Rahman Abul Magd** Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) in die Pflicht, um Aufklärungsarbeit und Hilfestellungen für Betroffene zu leisten. Der Referent verwies hier auf zahlreiche Hindernisse, die die Rolle der NROs negativ beeinflusse. Zu diesen gehörten unter anderem die Sicherheitsorgane, die Mitsprache von nichtregierungs- bzw. oppositionellen Orga-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS-LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

10.- 11. Mai 2009

www.kas.de

nisationen behinderten, um so konfessionelle Auseinandersetzungen zu verhindern. Hierauf ging auch **Soad Israel**, Mitglied im Nationalrat für Frauen in Luxor ein. Sie bekräftigte, dass nicht nur NROs, sondern



auch der Nationalrat für Frauen bei der Lösung von Problemen von Nicht-Muslimen beteiligt sein müsste. Abschließend forderte sie eine intensivere Involvierung von NROs, da diese besseren Kontakt zu Minderheiten hätte und somit die Regierung bei der Abschaffung von diskriminierenden Bildern zur Seite stehen könnte.

4. Schlussfolgerung

Die Veranstaltung wies deutlich die ungleiche Behandlung von Muslimen und Nicht-Muslimen vor dem Familiengesetz auf. Durch die Thematisierung und rege Diskussion der Teilnehmer zeigte sich jedoch, dass bei dieser Problematik Gesprächsbedarf besteht. Das Seminar kann als ein erster Schritt gesehen werden, der zur Aufklärung hinsichtlich dieser Schwierigkeiten beitrug.